Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis
Für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 61 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnementsannahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Anzeigen-Preis
Für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 255. Sonnabend 14. September 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Das Resultat der sächsischen Landtagswahlen scheint zu sein, daß die Nationalliberalen 6 Sitze von den Konservativen gewinnen, keinen verlieren. Die übrigen Parteien behalten ihren Bestand. (S. Leitartikel, Dtschs. R. und Bericht auf 3. Seite d. Hauptbl.)

* Wellmans Nordpolexpedition ist, wie aus Drontheim gemeldet wird, mißglückt. (S. Neues a. a. Welt.)

* Die Veröffentlichung der neuen Enzyklika steht in den nächsten Tagen bevor. (S. Ausl.)

* Das Ausfallsgefecht General Drudes hat auf die marokkanischen Stämme einen großen Eindruck gemacht. (S. Ausl.)

Das Ende der konservativen Revisionisten.

Die vernichtende Niederlage der Konservativen in Dresden, die zwar der ganzen Partei nicht gerade angenehm sein kann, wird, so hört man von recht gut unterrichteter Seite, von den konservativen Parteiführern nicht gerade tragisch genommen. In der Hauptsache sind es ja die widerhaarigen Elemente, die der Schlag trifft, Elemente, die seit langem die Unterstützung der Parteileitung nicht in dem Maße genossen haben, daß sie überhaupt große Hoffnungen auf einen Sieg hegen konnten, Elemente, die von den Agrarkonservativen, die — wie man jetzt deutlicher als je zuvor sieht — immer noch die Konservativen in Sachsen sind, weit heftiger angegriffen wurden als von ihren liberalen Gegnern. Zwischen Anders und Behrens wurde im 2. Dresdner Wahlkreise der Kampf durchaus mit lauteren Mitteln und in sehr vornehmer Weise geführt, — dieses Zeugnis muß man dem nationalliberalen Kandidaten geben und man kann es gerechterweise auch Herrn Behrens, den wir unter den obwaltenden Umständen nicht mehr konservativ nennen wollen, nicht versagen. Jeder von beiden hat die Person des Gegners fast stets ganz aus dem Spiele gelassen, und wenn der Name fiel, dann geschah es nie unter Begleitung von gehässigen Ausfällen. Die Blätter von dem ultra-agrarischen Flügel befleißigten sich — besonders bevor die Mehnertsche Schmähde ertönte — nicht immer solcher Mäßigkeit und so hohen politischen Anstandes. Der „Vogtländische Anzeiger" zum Beispiel nötigte Herrn Behrens direkt, in öffentlicher Versammlung auf seine Angriffe zu reagieren. Wenn das am grünen Holze geschieht . . .

Das ist aber nun alles erledigt. Die Dresdner Revisionisten trauern um den Verlust des Mandates für denjenigen Abgeordneten, der berufen zu sein schien, ihr Führer, der Führer einer neuen Partei zu werden, einer konservativen Partei mit moderneren, ja vielleicht freiheitlich angehauchten Grundsätzen. Die Partei ist tot, ehe sie geboren wurde. Man hat sich zu lange mit Experimentieren aufgehalten, und da kam der energische Mann der Zweiten Kammer, der mit landwirtschaftlichen Regeln so gut Bescheid weiß und kommandierte einfach: „Schont die Kuh, das Kalb kann draufgehen." Ein alter gesunder Satz, den jeder Bauer kennt und anwendet. Er wurde auch hier angewandt. Die Kuh lebt, das Kalb ist tot. Die konservative Partei lebt, der Revisionismus ist politisch tot.

Was wird nun der Mann dazu sagen, der eigentlich den ersten Anstoß zu der „modernen Bewegung" in der konservativen Partei gab — Oberbürgermeister Beutler? Nun, er wird, so weit wir unterrichtet sind, bedenken, daß jetzt Vorsicht das Klügste ist. Er wird bedenken, daß er nicht, wie Behrens, ein Mann ist, dessen politische Rolle mit seinem Mandat erlischt, sondern daß er auch Oberbürgermeister von Dresden ist. Wenn er schon als Vizepräsident der Ersten Kammer nicht gut im Kampf mit dem allmächtigen Präsidenten der Zweiten Kammer leben kann, so kann er erst recht nicht als Oberbürgermeister von Dresden Führer einer neuen kleinen Partei sein. Was zunächst geschehen wird, sagt uns eine kurze Notiz, die u. a. der „Dresdner Anzeiger" in besonders auffälligem Druck bringt und auf die uns schon ein Telegramm aus Dresden hinwies. Wir wiederholen sie wörtlich:

Der engere Vorstand (Zwölferausschuß) des Konservativen Landesvereins hat sich in einer am Donnerstag stattgehabten Sitzung in Sachen der Wahlrechtsreform einstimmig auf eine Resolution geeinigt, die der für den 27. September einberufenen Generalversammlung zur Annahme empfohlen werden soll. Es ist schon jetzt mit aller Sicherheit vorauszusagen, daß diese Resolution auch die einmütige Billigung der Generalversammlung finden wird. Die Gegner der konservativen Partei, die so vielfach ihre Spaltung prophezeiten, sehen sich in ihren Hoffnungen wieder einmal gründlich getäuscht.

Die Sitzung der Hängekommission, des Zwölferausschusses, fand zu derselben Zeit statt, in der die Revisionisten zähneknirschend das Resultat der zweiten Wählerklasse vernahmen. Anders 83, Behrens 0. Auch die Fassung der Notiz sagt genug. Man merkt, daß der Ton in der Parteileitung anders wird, aber nicht schöner.

In engem Zusammenhang hiermit steht ein sehr langer, wenn auch nicht sehr inhaltreicher Aufsatz, dem die „Grenzboten" in ihrer letzten Nummer Raum geben. Er ist mit dem Pseudonym „Germanicus" gezeichnet und widerlegt zugleich die Ente, die vor einiger Zeit in die Welt gesetzt wurde, „Germanicus" sei identisch mit Hohenthal.

Nein, Germanicus ist nicht Graf Hohenthal. Wer sich hinter diesem Pseudonym verbirgt, zeigt sein Gesicht am deutlichsten in den Zeilen, die hier im Wortlaut angeführt sein mögen:

Die in der Versammlung des Dresdner Konservativen Vereins vom 5. April nach dem Vortrage des Oberbürgermeisters Beutler angenommenen Leitsätze sind von den eigenen Parteigenossen im Lande teils über-, teils unterschätzt und nur selten richtig gewürdigt worden. Nach meiner Ansicht sollten sie nur eine Neuorientierung der Parteileitung in der Richtung einleiten, daß den Wünschen der nicht agrarischen Wähler eine größere Beachtung zuteil werde.

Man will also den Kampf nicht. Die Vorschläge sollen jetzt auf einmal nicht eine Revision des Programms, wie es damals hieß, sondern nur eine „Neuorientierung der Parteileitung" sein. Die Erklärung zeigt, wie recht wir hatten, wenn wir sie vor kurzem als herzlich unverbindlich bezeichneten. Die neuorientierte Parteileitung! Man kann sie an obiger Notiz erkennen.

Der mehrere hundert Zeilen lange Artikel in den Grenzboten bringt dann noch eine Besprechung der Wahlrechtsreformvorlage und eigene Gegenvorschläge, vor deren Ueberschätzung wir warnen möchten, da sie nicht von einer Stelle kommen, die maßgebenden Einfluß auf die Regierung oder auf die Haltung der Parlamentsmehrheit hätte. Sie haben deshalb vor der Hand keinen praktischen Wert, ganz abgesehen davon, daß sie vielfach offene Türen einstoßen. Die Quintessenz liegt offenbar darin, daß die Wiedereinführung des Unterschiedes zwischen städtischen und ländlichen Wahlkreisen in anderer Form vorgeschlagen wird. Daß die Regierung hierauf nicht eingehen kann, liegt auf der Hand. Sie würde damit von all den Grundsätzen, die sie bisher als wichtig und maßgebend bezeichnet hat, abrücken, und die gesamte Wählerschaft im höchsten Grade mißtrauisch machen. Der Artikel in den Grenzboten sagt hierüber:

Die Vorlage der Staatsregierung entscheidet sich für die „Kommunalwahlen" und lehnt in ausführlicher Begründung das Berufswahlsystem als für das Land zu kompliziert, wohl nicht mit Unrecht, ab. Alle anderen Möglichkeiten werden unerörtert gelassen; zu diesen Möglichkeiten hätte aber zweifellos auch gehört, etwa fünfzig Abgeordnete nach dem jetzigen System und aus Wahlkreisen, die nach Städten und ländlichen Ortschaften getrennt neu zu ordnen wären, wählen zu lassen. Ich glaube, daß dies zahlreiche Einwendungen gegen die Vorlage unmöglich gemacht haben würde, wenn auch damit die von der Vorlage in helles Licht gestellten Vorzüge der sogenannten Kommunalwahlen verloren gegangen wären. Die Unterscheidung von Stadt und Land für die Wahlen gänzlich und ohne entsprechenden Ersatz aber fallen zu lassen, dazu werden sich nicht nur die agrarisch gerichteten Mitglieder der Zweiten Kammer, sondern auch zahlreiche andere Politiker nur schwer entschließen.

Man merkt, aus welchem Brunnen der Verfasser seine Kenntnisse von der Stimmung in Abgeordnetenkreisen geschöpft hat. Im übrigen erkennen wir an, daß der Aufsatz manche Anregung enthält, auf die wir vielleicht später einmal zurückkommen. Eine hohe politische Bedeutung aber können wir ihm nicht beimessen. Der Verfasser hat das wohl auch selbst gefühlt, und deshalb die plaudernde Form des Briefschreibers gewählt, wie man sie sonst zur Erzählung seiner Badereise benutzt.

Rückblick auf den Hamburger Bankiertag.

Die Ueberlebenden des Hamburger Bankiertages wissen Wunderdinge von dort zu erzählen. Soweit das Menü in Frage kommt, können wir die Berichte theoretisch kontrollieren, namentlich wenn wir uns der traditionellen Leistungsfähigkeit der Hamburger Küche erinnern. Aber auch das schönste Diner und das herrlichste Feuerwerk hatten nur eine ganz kurze Zeit vor; und für uns kommen doch nur die dauernden Ergebnisse der großen Hamburger Veranstaltung in Betracht. Deshalb müssen wir uns nach den geistigen Darbietungen des Hamburger Tages umsehen.

Lassen wir in aller Kürze die Verhandlungen des Bankiertages noch einmal an uns vorüberziehen, so können wir ruhig zugeben, daß Geheimrat Rießer mit seiner großen Rede über die Reform des Börsengesetzes unbedingt einen guten Tag hatte. Die einzelnen Argumente, die er vorbrachte, können zwar nicht den Anspruch auf völlige Neuheit erheben; aber wer wollte auch einen solchen Anspruch machen bei einer Materie, die von Theorie und Praxis, von Juristen, Nationalökonomen, Bankiers, Börsenleuten und Zeitungen so oft und in allen Einzelheiten durchgesprochen worden ist, wie die Reform des Börsengesetzes. Die Vorzüge der Rießerschen Rede bestanden in der wirkungsvollen Gruppierung des Materials und in einer Reihe treffender Worte. So bezeichnete er das Termingeschäft sehr richtig als ein Sicherheitsgeschäft; so faßte er die Forderungen der Kaufleute bezüglich der Börsengesetzgebung in die Worte zusammen: Anerkennung den Anerkennungen, Sicherheit den Sicherheiten! Das gehört ja auch zu den entscheidenden Fragen, die bei der bevorstehenden Reform der Börsengesetzgebung zu lösen sein werden. Freilich weiß man noch nicht, wie weit die Gesetzgebung speziell diesen Forderungen entgegenkommen wird. Kommen wird ja eine Vorlage über die Verbesserung des Börsengesetzes, soweit es die Effektenbörse betrifft. Man will das Terminregister abschaffen und man will den Terminhandel in Anteilen von Bergwerks- und Fabrikunternehmungen wieder zulassen. Das wäre schon etwas. Aber die Hauptsache ist natürlich, daß das Gesetz nicht nur beim Reichstage eingebracht wird, sondern daß die Regierung auch alle Kraft dahintersetzt, damit die Vorlage auch die Zustimmung der Parteien erhält. In dieser Beziehung aber bestehen noch manche Zweifel. Auch hier hat Rießer das rechte Wort gefunden, als er auf die laue Begrüßung des Vertreters der Reichsregierung die Hoffnung aussprach, daß das Gefühl der Regierung für die Börse nicht nur platonisch bleiben werde.

Eine besondere Gruppe unter den Referenten des Bankiertages bildeten die Herren aus Hamburg. Wir sagen insofern eine besondere Gruppe, als ihre Vorträge neben denen von Rießer und Klitzing doch die Creme der ganzen Tagung bildeten. Man könnte vielleicht sagen, Herr Warburg habe sich einen zu dunklen Hintergrund für seine Rede gewählt; aber muß man zugeben, daß Warburgs Rede reich ist an treffenden Beobachtungen, Bemerkungen und Forderungen; und wenn man schon in beständiger Kriegsbereitschaft lebt, muß man auch die Folgerungen auf finanziellem Gebiete ziehen und der Börse ihre alte Leistungsfähigkeit zurückgeben. In einem Irrtume dürfte sich Herr Warburg insofern befunden haben, als er meinte, die Großbanken selbst erkennten die Gefahren, die eine zu starke Konzentration und das Verschwinden des Mittelstandes, sowie der selbständigen Spekulation herbeiführen. Wenn sich die Großbanken dieser Gefahren wirklich bewußt wären, hätten sie schon früher mit der Konzentration Schluß gemacht.

Eine glänzende Leistung war auch die Verteidigungsrede, die Herr Max Schinckel für die Reichsbank und unsere Währung hielt. Soweit Herr Schinckel als Vertreter einer Großbankengruppe nicht pro domo sprach, darf man in den stürmischen Beifall, den ihm diese Versammlung von Fachleuten spendete, einstimmen: Wir sollten uns alle wie ein Mann um die Reichsbank scharen und sie gegen die Angriffe von Dilettanten und Beutepolitiker schützen! In der Reichsbank haben wir doch ein Wirtschaftsinstrument, das sich in guten und schlechten Zeiten unseres Wirtschaftslebens bewährt hat und das jederzeit nur die Gesamtinteressen im Auge hatte. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir in eine Erwägung darüber eintreten, ob wir nicht in Einzelheiten Verbesserungen schaffen können. In dieser Beziehung hat Geheimrat von Klitzing „als alter Praktikus" einige Winke gegeben, die der Beachtung wert sind. Freilich können wir Herrn von Klitzing nicht darin beistimmen, wenn er die Verwendung von Goldmünzen in unserem Zahlungsverkehr als luxuriös bezeichnet. Man mag auf eine Erweiterung des Scheck- und Ueberweisungsverkehrs hinarbeiten, weil dadurch Barmittel erspart werden; aber soweit ein Bargeldumlauf bleibt, sollte er sich doch nicht auf eine Papierwirtschaft, wie sie die Zunahme der kleinen Banknoten involviert, begründen, sondern auf Gold und überhaupt auf Metall. In einem starken Goldumlaufe ist auch ein Stück Volkserziehung enthalten.

Die Debatte erreichte noch einmal einen Höhepunkt in der Rede des Bankdirektors Kaemmerer aus Hamburg, der die Entwicklung und Organisation des Hamburger Giroverkehrs darstellte. Seine Rede ist geeignet, etwas Wasser in die stürmische Scheckbewegung zu gießen. Was soll uns die Ausdehnung allein des Scheckverkehrs? Wirklichen Wert bekommt der Scheck doch erst in Verbindung mit einem Ueberweisungsverkehr, insbesondere in der Art, wie er sich in Hamburg so ausgezeichnet entwickelt hat. Es lohnt, einige bemerkenswerte Stellen aus Kaemmerers Rede besonders anzuführen. So verwies er darauf, daß in Hamburg der größte Wert darauf gelegt werde, nur gut eingeführte Personen und Firmen zum Giroverkehr zuzulassen. In einer solchen Auswahl liege der beste Schutz gegen unredliche Manipulationen. Das weitere müsse die gute Schulung des Personals tun, die sich bei einem tüchtigen Beamtenkörper bald von selbst einstellen werde. Der Kontrollbeamte, der täglich den ganzen Zahlverkehr einer bestimmten Anzahl ihm unterstellter Kunden vor Augen habe, gewinne für jedes Konto bald einen scharfen Blick und bemerke leicht Unregelmäßigkeiten und auffällige Transaktionen, ebenso wie er sich in der Prüfung von Unterschriften eine große Gewandtheit aneigne. Sehr richtig bemerkt Kaemmerer weiter: Ein modernes Zahlsystem setzt bei dem Volke, welches sich desselben bedienen will, eine gewisse höhere Reife voraus, und diese Reife müsse darin zum Ausdruck kommen, daß in den Depositenbanken, wenn man sie einmal so nennen wolle, das Gefühl der höchsten Verantwortlichkeit für die absolute Liquidität der Giro- und Scheckkonten jederzeit und unter allen Umständen wachbleibe. Dazu sei kein Gesetz nötig, würde auch kein Gesetz ausreichen. Keine schematische Verordnung helfe, sondern nur die wirtschaftliche Einsicht und Reife. Das sind Anschauungen, wie sie nur in einem Gemeinwesen von Kaufleuten mit guter Tradition aufkommen können und denen wir nur die weiteste Verbreitung wünschen können.

Weniger dagegen sind wir erbaut von den Debatten über die Frage, ob das Depositenwesen in Deutschland einer gesetzlichen Regelung bedürfe. Diese Frage wurde von den Referenten durchweg verneint. Diese Einstimmigkeit erklärt sich aber daraus, daß Vertreter der gegenteiligen Ansicht überhaupt nicht zum Wort zugelassen worden sind. Unseres Wissens denkt ein großer Teil der Bankwelt ganz anders als die Vertreter der Großbanken, welche auf dem Hamburger Tage pro domo gesprochen haben. Daß die Großbanken ein Depositengesetz abgelehnt haben, würden wir ihnen nicht verübeln; das ist menschlich. Aber einige Redner gingen in der Schönfärberei doch zu weit. Die großen Verdienste der Großbanken wird niemand bestreiten wollen. Aber wenn ein Redner die Liquidität der Banken pries, so dürfte er damit die Fachleute doch nur zu einem Lächeln gebracht haben. Noch mehr wird man lächeln, wenn man hört, daß ein Redner auch die Emissionspolitik der Großbanken über alle Maßen lobte. Hoffentlich kommt kein Bösewicht auf den Gedanken, nun eine Statistik mißglückter Gründungen und Emissionen aufzustellen. Natürlich kann auch das vorsichtigste Bankinstitut Unglück mit einer Emission haben, aber zu großen Lobreisungen liegt doch keine Veranlassung vor. Direkt auf lauten und allgemeinen Widerspruch wird aber der Referent stoßen, welcher das große Wort gelassen ausgesprochen hat, daß der gegenwärtige Zustand im deutschen Bankwesen durchaus befriedigend sei. Wir können vielmehr sagen, daß man im ganzen Lande unter der Herrschaft der Bankenkonzentration schwer seufzt. Die Intelligenz und die Individualität bäumen sich auf gegen die Uebermacht des namenlosen Großkapitals. Die selbständig denkenden Köpfe verlangen dringend nach Erhaltung resp. Neubildung des Mittelstandes nicht nur an der Börse, sondern auch im Bankwesen. Es geht fast könnte man sagen eine tiefe Sehnsucht nach Wiederherstellung der Kraft des privaten Bankierstandes durch das Land. Daß der private Bankierstand von den zentralisierten Bankinstituten für die Kundschaft manche Vorteile voraushat, das hat auch die letzte Börsenkrisis gelehrt, wo der Privatbankier bemüht war, seine Kunden durchzuhalten, denn für den Privatbankier bedeutet ja jeder gute Kunde ein wertvolles Aktivum. Natürlich wollen wir auch kein plumpes Dazwischengreifen der Gesetzgebung in das Bankwesen. Aber wir glauben doch, daß die Entwicklung von selbst zu einer Scheidung im Bankwesen führen wird, und daß die Großbanken recht daran tun würden, durch eigene Initiative plumpen Eingriffen der Gesetzgebung vorzubeugen. Und wenn die bevorstehende Reform des Börsengesetzes wieder den Boden für einen neuen Mittelstand an der Börse und in der Bankwelt schüfe, so wäre das für die deutsche Volkswirtschaft ein Gewinn von unermeßlicher Bedeutung.

Deutsches Reich.

Leipzig, 14. September.

* **Das Resultat der dreitägigen Landtagswahl** läßt sich jetzt einigermaßen übersehen, wenn es auch keine absolut sicheren Schlüsse für den Ausgang der Wahl zuläßt. Hiernach behalten die Nationalliberalen sämtliche bisher von ihnen innegehabten 8 Wahlkreise, nämlich Dresden I, III, Leipzig II, IV, Zittau-Löbau, Döbeln, Crimmitschau-Werdau, Großschönau-Ebersbach. Außerdem fallen ihnen sicher die bisher konservativ vertretenen Wahlkreise Dresden II, Chemnitz II, Frankenberg-Augustusburg, Chemnitz-Limbach-Borna, sehr wahrscheinlich auch Aue-Eibenstock-Schneeberg und Reichenbach-Kirchberg zu. Damit würde ihr Gewinn 6 Wahlkreise betragen, ohne daß sie einen Verlust erleiden. Die Freisinnigen haben keine Aussicht, in einem Wahlkreis durchzudringen. Ebenso nicht die Sozialdemokraten und die Reformer. Die Konservativen gewinnen keinen Wahlkreis, verlieren wahrscheinlich 6. Die zukünftige Kammer dürfte demnach bestehen aus 48 Konservativen (bisher 54), 29 Nationalliberalen (bisher 23), 3 Freisinnigen (Volkspartei) und je 1 Reformer und 1 Sozialdemokraten. Unter dem gegenwärtigen Wahlrecht ist das ein schöner Erfolg für den Liberalismus! Bleibt auch die konservative Mehrheit bestehen — daran konnte niemand unter diesem Wahlrecht zweifeln — so wird doch diese Zunahme des liberalen Einflusses dazu dienen, daß bei den kommenden Beratungen des Landtags und vor allem bei der Beratung des Wahlgesetzentwurfs die liberale Position um ein gut Stück gestärkt erscheint.

* **„Zur Lage"** betitelt sich ein Aufsatz in der neuesten Nummer des konservativen „Vaterland", der schon durch die Art seines Drucks als eine offizielle konservative Kundgebung in diesem ja amtlichen Organ der konservativen Partei angesehen werden muß, es auch nach seinem Inhalt durchaus ist. Wir beschränken uns heute kurz darauf hinzuweisen, daß diese Kundgebung ganz und gar die Auffassung rechtfertigt, die in dem Leitartikel dieser Nummer des L. T. über das Ende der konservativen Revisionisten vertreten wird. Es ist der völlige Rückzug der Beutlerschen Reformvorschläge, die jetzt auf einmal gedeutet werden, als hätten sie nicht eine grundsätzliche Aenderung des konservativen Programms bedeutet, sondern nur „Anregungen" (!) im Rahmen des bestehenden Programms. Nachdem man in dieser Weise die Beutlersche Reform liebenswürdig zu den Akten gelegt, betritt man formell den Rückzug in der Wahlrechtsfrage. Jetzt heißt es offen, man werde die Regierungsvorlage „wohlwollend" und ohne jede Voreingenommenheit prüfen!!! Mit anderen Worten: man hat eingesehen, daß man mit dem schroffen Auftreten zu nichts kam und zeigt sich nun voll Entgegenkommen, zum mindesten in der Form. Dieses neue, nach dem bisherigen Verlauf der Entwicklung der konservativen Partei in Sachsen nicht mehr überraschende Manöver wird mit scharfen Ausfällen gegen die Liberalen begleitet, denen man einen Vorwurf daraus macht, weil